

aktuell ¹⁶⁰

Mitgliedermagazin des Bundesverbandes Deutscher Volks- und Betriebswirte

S. 4

**Im Gespräch mit
Klaus Müller**

S. 8

**Bessere Bildung,
bessere Wirtschaft**

S. 11

**FA Diversity:
Ihre Erfahrung ist gefragt**

Versorgungssicherheit

LNG, Wasserstoff, Solar & Wind



Deglobalisierung

im 21. Jahrhundert?



Zeit, über Wirtschaft nachzudenken.

Der Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte fördert den Dialog, das Nachdenken und die Entwicklung der Gesellschaft mit ökonomischem Sachverstand. Diese Zeit ist gut investiert. Seit 120 Jahren.

www.bdvb.de/mitmachen

bdvb

Das Netzwerk für Ökonomen

INHALT

Nr. 160

Liebe Mitglieder und Freunde des bdvb,

die Zukunft muss den jungen Menschen gehören, wird derzeit in vielen Diskussionen über Generationengerechtigkeit postuliert. Wie hinterlassen wir unseren Planeten, unser Land, unsere Wirtschaft, unsere Stadtfinanzen, unserer Altersversorgungssysteme der nächsten Generation? Das sind die wichtigen Themen dieser Diskussion.

Auch in unserem Verband führen wir derzeit eine Diskussion, welchen Stellenwert wir der jungen Generation einräumen. Unser Ergebnis ist, den Studierenden und den jungen Berufstätigen mehr Mitwirkung und mehr Mitverantwortung einräumen zu wollen. Dies soll sich auch in der Arbeit und in der Zusammensetzung unserer Gremien widerspiegeln. Hierzu wollen wir auf der nächsten Mitgliederversammlung im Oktober Vorschläge unterbreiten.

Auch sind wir auf Empfehlung unseres Fachausschusses Diversity der „Charta der Vielfalt“ beigetreten, gleichermaßen wie viele andere führende Organisationen und Unternehmen zuvor.

Wie steht es eigentlich um die zentralen Lebensadern unseres Landes? Über den Zustand unserer Infrastruktur (Strom, Gas, Telekommunikation, Bahn) habe ich mich kürzlich mit Klaus Müller, dem Präsidenten der Bundesnetzagentur unterhalten. Die Ergebnisse des Gespräches lesen Sie in dieser Ausgabe.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre

Ihr

Willi Rugen
Präsident

Editorial	3
Im Gespräch	
mit Klaus Müller	4
Perspektiven	
Bessere Bildung – bessere Wirtschaft	8
Fachausschuss Diversity	11
Mitgliederversammlung des Forschungsinstituts	11
Verbandsleben	
Regionalverbände und Hochschulgruppen	13
Das letzte Wort	14
Veranstaltungshinweise	11 und 14

Impressum

bdvb aktuell

Ausgabe 160
April bis Juni 2023
ISSN 1611-678X

Herausgeber

Bundesverband Deutscher
Volks- und Betriebswirte e.V.
Florastraße 29, D-40217 Düsseldorf
Tel. +49 211 371022, Fax +49 211 379468
www.bdvb.de, info@bdvb.de

Redaktionelle Mitarbeit in dieser Ausgabe

Daniel Gerhards (V.i.S.d.P.), Birgit Schoerke-Zitz, Florian Ries

Anzeigen, Layout, Herstellung, Druck

Köllen Druck + Verlag GmbH
Ernst-Robert-Curtius-Str. 14
53117 Bonn-Buschdorf
Tel. +49 228 989820, Fax +49 228 9898255
verlag@koellen.de

Der Bezugspreis von 5,50 Euro ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Nachdruck – auch auszugsweise – nur in Absprache mit dem
Herausgeber gestattet.

Für den Inhalt der Artikel sind die jeweiligen Autoren verantwortlich.

Bildnachweise

Titel: © shutterstock.de/Mike Mareen
Inhalt: Soweit nicht anders gekennzeichnet,
alle Bilder/Grafiken © shutterstock.de

Aus Gründen der Lesbarkeit wurde in den Texten die männliche Form gewählt. Die Angaben beziehen sich auf Angehörige aller Geschlechter gleichermaßen.

„In Zeiten von Angst, Instabilität Grenzen“



Über den Interviewpartner

Klaus Müller, geboren 1971 in Wuppertal, ist seit dem 01.03.2022 Präsident der Bundesnetzagentur. Zuvor war er von 2014 bis 2022 Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv). Von 2006 bis 2014 leitete er die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen. Zuvor war der Volkswirt in der Politik tätig; von 2000 bis 2005 als Umweltminister in Schleswig-Holstein, bis 2006 als Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Von 1998 bis 2000 war Klaus Müller Abgeordneter des Deutschen Bundestages.

und Krieg stoßen Märkte an ihre

Vor dem Ukraine-Krieg war die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen mit Sitz in Bonn der breiten Öffentlichkeit vermutlich weniger bekannt. Spätestens mit dem Lieferstopp russischen Erdgases hatte sich das geändert: Heute ist sie vielen Menschen ein Begriff und ihr Präsident Klaus Müller ein gefragter Gesprächspartner für Regierung, Wirtschaft und Medien. bdvb Präsident Willi Rugen traf den 52-jährigen Volkswirt in der Zentrale der Regulierungsbehörde in Bonn.

Willi Rugen: Herr Müller, in den letzten Monaten ist uns allen bewusst geworden, wie wichtig die Bundesnetzagentur ist. Bei Ihnen laufen alle Fäden zusammen, wenn es um netzgebundene Infrastruktur geht – auch die für Energie. Gottseidank ist die befürchtete Gasmangellage in diesem Winter ausgeblieben, aber besteht die Gefahr, dass uns im nächsten Winter eine Rationierung von Gas ins Haus steht?

Klaus Müller: Auf Basis der Erfahrung der vergangenen zwölf Monate können wir die Einflussfaktoren, die dabei eine Rolle spielen, deutlich besser einschätzen. Das hilft bei der Vorbereitung für den nächsten Winter. So verzeichnen wir einen verlässlichen Zufluss aus Norwegen, den Niederlanden, Belgien und zeitweise Frankreich. Außerdem nehmen wir zum Winter 2023 drei weitere LNG-Terminals

in Betrieb, sodass wir mit insgesamt sechs Terminals einen sehr großen Teil russischen Gases ersetzen können. Hinzu kommt: Wir wissen, dass sektorenübergreifende Energieeinsparung von 20 Prozent einen erheblichen Beitrag zur Versorgungssicherheit leistet, von positiven Effekten auf Energiekosten und Klimaschutz einmal abgesehen. Manche unserer Nachbarländer haben dank günstiger Witterungsbedingungen im zurückliegenden Winter zudem mehr gespart als Deutschland – das hat dazu beigetragen, dass wir mit gut befüllten Speichern ins Frühjahr gehen.

Willi Rugen: Sie haben die LNG-Terminals angesprochen. Da haben wir einen massiven – auch finanziellen – Aufwand betrieben für einen Energieträger, den wir eigentlich nur als Brücke ins Zeitalter der Erneuerbaren anse-

hen. Werden das irgendwann „Stranded Assets“ sein? Oder können wir die Anlagen als Teil einer Wasserstoff-Infrastruktur weiterverwenden?

Klaus Müller: Jetzt brauchen wir die Terminals auch als eine Art „Versicherung“ für uns und unsere Nachbarländer. Die schwimmenden Terminals, die die Bundesregierung angemietet hat, könnte man auch einer anderen Verwendung zuführen, da für sie eine hohe Nachfrage auf dem Weltmarkt besteht. Die drei nicht mobilen LNG-Terminals, die derzeit gebaut werden, werden wir noch viele Jahre brauchen, um Versorgungssicherheit in kalten Wintern zu garantieren. Im Anschluss daran sollen sie in der Tat für Wasserstoff verwendet werden. Dazu wird man nochmal Geld für die Umrüstung in die Hand nehmen müssen.



Willi Rugen: Auf europäischer Ebene wurde viel über die Gaspreise diskutiert. Aktuell bewegen sie sich in einem vernünftigen Bereich. Die EU hat nach langer Debatte einen europaweiten Preisdeckel von 180 Euro eingeführt. Deutschland hat sich dagegen lange gewehrt. Gehen Sie davon aus, dass der Deckel im kommenden Winter greifen muss?

Klaus Müller: Der Deckel, auf den sich die EU geeinigt hat, ist glücklicherweise so hoch angesetzt, dass das – Stand heute – unwahrscheinlich erscheint. Ich teile die Sorge der Bundesregierung, dass ein Preisdeckel, der eigentlich zur Versorgungssicherheit beitragen soll, nicht dazu führen darf, dass zu wenig Gas in Europa ankommt. Zumal Prognosen schwer sind: Im vergangenen Jahr hätte niemand mit Preisspitzen von bis zu 350 Euro gerechnet.

Willi Rugen: Aber es gibt doch einen Weltmarkt und Energie-Börsen. Ist es nicht denkbar, den Gaspreisdeckel etwa mit Hilfe der ICE-Börse in London zu umgehen? Und wäre das überhaupt verwerflich?

Klaus Müller: Die Preisbildung an freien Märkten ist prinzipiell ein effizientes Allokationskriterium. Nichtsdestotrotz haben wir im letzten Jahr hoch irrationale Verwerfungen an den Märkten erlebt und Preisspitzen, die eher spekulativ getrieben waren. Das hat massiv zu Verunsicherung beigetragen und Schaden angerichtet. Deshalb bin ich für den rationalen Blick: In einem berechenbaren, transparenten Umfeld sind die Märkte die besten Allokationssysteme. Aber in Zeiten von Angst, Instabilität und Krieg stoßen Märkte an ihre Grenzen. In der aktuellen Situation treibt mich so manche Frage daher mehr um als ein alternativer Börsenzugang in London. Etwa, ob es genug Exportkapazitäten gibt, ob wir über ausreichende Import- und Ableitungskapazitäten verfügen, wie es um den Aufbau unserer Infrastruktur und mit den Unternehmensinvestiti-

onen in alternative Energie-Technologien steht. Und natürlich, was die Privathaushalte tun.

Willi Rugen: Ein stärkerer Ausbau der Erneuerbaren ist entscheidend für eine höhere Unabhängigkeit der Energieversorgung. Die Unternehmen und die Versorger stehen da in der Pflicht und viele wollen ihren Beitrag leisten, ist mein Eindruck. Allerdings stehen dem häufig langwierige und komplexe Genehmigungsverfahren entgegen. Wenn ich das richtig verfolgt habe, geht die politische Zielsetzung dahin, die Dauer der Genehmigungsverfahren um die Hälfte zu verkürzen. Aber ist das realistisch? Schaffen wir das?

Klaus Müller: Die Bundesnetzagentur hat sich intensiv damit beschäftigt, wo die größten Hemmnisse für den Ausbau der Erneuerbaren und den Aufbau der notwendigen Netze bestehen. Beim Ausbau von Windenergie ist das in erster Linie die Flächenverfügbarkeit. Der Bund hat den Ländern mit einem gesetzlich definierten Anteil von durchschnittlich zwei Prozent der Flächen inzwischen einen flexiblen aber gleichzeitig klaren Handlungsrahmen vorgegeben, der in Zukunft Wirkung entfalten wird. Ein anderes Problem sind die Vergütungssätze: Die waren bislang schlicht zu niedrig. Der Bundestag hat Ende vergangenen Jahres reagiert: Die Bundesnetzagentur kann jetzt mit deutlich besseren Vergütungssätzen aus schreiben. Im Solarbereich zeigt das bereits Wirkung und auch im Windkraftbereich sehen wir Fortschritte. Und dann gibt es da noch die von Ihnen angesprochen Genehmigungsverfahren: Das „Osterpaket“, das der Bundestag 2022 beschlossen hat, räumt Windenergie Vorrang ein. Zuletzt wurde darüber hinaus die Umwelt- und Artenschutzanforderungen vereinfacht. Im Rahmen der Prüfung können wir jetzt auf Bestandsdaten zurückgreifen oder müssen keine jahreszeitlichen Prüfungen mehr durchführen. Das spart viel Aufwand.

Willi Rugen: Aber wenn wir mit Strom nicht nur unsere Autos betreiben, sondern zum Heizen auch Wärmepumpen im großen Maßstab installieren wollen: Brauchen wir dann nicht einen geringeren Strompreis als die heute gelisteten 40 Cent?

Klaus Müller: 40 Cent ist sehr viel. Aber schon 2013 lag der Grundversorgungstarif bei 30 Cent. Strom ist ein sehr hochwertiger Energieträger, der mit viel Aufwand produziert und transportiert wird. Wir sollten nicht so tun, als gäbe es den zum Nulltarif oder als ließe sich der Preis politisch beliebig festlegen. Viele Faktoren spielen hier eine Rolle. Erstens der Marktmechanismus. Sehr viele Stromanbieter und Stadtwerke haben die Preise im Krisenjahr 21/22 nur verzögert oder moderat angehoben, während die Spotmarktpreise bereits durch die Decke gingen. Die logische Konsequenz ist, dass das jetzt auch nur verzögert bei den privaten Haushalten ankommt, obwohl die Spotmarktpreise aktuell wieder deutlich gesunken sind. Das wird noch sechs bis neun Monate dauern. Zweitens, wenn wir speziell auf die Wärmepumpen schauen: Die Bundesnetzagentur ist verantwortlich für die Umsetzung von §14a des Energiewirtschaftsgesetzes, der sich mit den steuerbaren Verbrauchern wie zum Beispiel Wärmepumpen und Elektrofahrzeugen befasst. In unseren Eckpunkten hierzu haben wir bereits eine Netzentgeltermäßigung für diejenigen formuliert, die entsprechende Anlagen an das Netz anschließen. Der Betrieb von Wärmepumpen wird also begünstigt.

Willi Rugen: Aktuell werden neue Mobilfunkfrequenzen ausgeschrieben. Die erste Auktion vor zwanzig Jahren hat für damalige Verhältnisse schwindelerregende Erlöse für den Bund erzielt – das war offensichtlich auch das Ziel. Daran hat es viel Kritik gegeben. Es wurde befürchtet, dass dann weniger Geld für den Aufbau der Infrastruktur zur Verfügung steht und Verbraucher möglicherweise mit höheren Preisen zu rechnen hätten. Was ist die heutige Zielsetzung?

Klaus Müller: Es hat nie ein primär fiskalisches Interesse an der Frequenzvergabe gegeben. Es ging immer um eine möglichst transparente, objektive und diskriminierungsfreie Vergabe und eine effiziente Nutzung der Frequenzen. Diese muss einhergehen mit einer möglichst guten Versorgung, weswegen wir bei jeder Vergabe Auflagen zum Netzausbau verpflichtend vorgeben. Als Bundesnetzagentur ist es für uns momentan wichtig, auf die Frequenzvergabe von 2019 zurückzuschauen. Wir haben die Unternehmen, die die Frequenzen erhalten haben, zu qualitativen Versorgungsaufgaben verpflichtet. Wir prüfen nun, ob diese Auflagen erfüllt wurden. Und wir schauen nach vorn und planen, wie wir mit

den Nutzungsrechten umgehen, die 2025 auslaufen. Diese Frequenzen lassen sich technisch nicht vernünftig auf vier Unternehmen verteilen. Deshalb haben wir einen Vorschlag unterbreitet: den Frequenztausch. Er sieht vor, statt der knappen und bereits intensiv für LTE genutzten Frequenzen bei 800 MHz die Frequenzen bei 900 MHz zu vergeben. Die Rückmeldungen aus dem Markt hierzu sind heterogen. Es gibt Befürworter und es gibt Kritik, weil nicht alle Unternehmen von einer Knappheitssituation ausgehen. Wir befinden uns diesbezüglich weiterhin in Konsultationen.

Willi Rugen: Entscheidend ist ja, dass wir eine flächendeckende Versorgung haben – im Moment gibt es Zweifel, ob eine Umsetzung in der gewünschten Form stattfindet.

Klaus Müller: Die Erwartungshaltung des Beirats der Bundesnetzagentur ist völlig klar- und im Übrigen auch deckungsgleich mit der unsrigen: Die Ausbauziele müssen erreicht werden. Zudem soll die Versorgung auf dem Land genauso gut sein wie in der Großstadt. Dass das in den letzten Jahren auseinandergefallen ist, kann jeder bestätigen, der im Land unterwegs ist und auf der Reise telefonieren oder videotelefonieren möchte. Dazu müssen vorhandene Versorgungslücken geschlossen werden. Die zukünftigen Vergabeverfahren werden auch in dieser Hinsicht lebensnahe Versorgungsverpflichtungen enthalten, keine theoretischen.

Willi Rugen: Und das gilt nicht nur für den Mobilfunk, sondern ebenso fürs Festnetz, wo wir deutlich höhere Bandbreiten und Netzausbau brauchen. Ich stelle bei mir zuhause fest, dass man im Heimnetzwerk nicht gleichzeitig Videokonferenzen halten und Sportveranstaltungen streamen kann – vermutlich eine Erfahrung, die viele Menschen in Deutschland machen. Nun gibt es natürlich viele Privatunternehmen, die sich des Netzausbaus angenommen haben, da geht einiges voran. Aber kann man das weiter beschleunigen? Kann Ihr Haus etwas unternehmen, um Investitionen anzuschieben?

Klaus Müller: Wir sind ja eine Regulierungs- und keine Genehmigungs- oder Förderbehörde, diese Aufgaben nehmen andere Einrichtungen wahr. Aber den intensiven Diskurs zwischen Bundesminister Wissing und den Länderministerien, wie man eine effiziente und zielführende Förderung hinbekommt, kann man in den Medien verfolgen. Der Bund investiert viel Geld in die Ausbauförderung. Dann gibt es noch den Dialog zwischen Bund und den Kommunen zur Frage, welche Erleichterungen möglich sind, damit Glasfaserkabel schneller verlegt werden und es wird darüber nachgedacht, ob es innovative Verlegemethoden gibt als die derzeitigen.

Diesen Dialog begleiten wir als Bundesnetzagentur. Und dann gibt es noch einen Punkt, der sehr deutschlandspezifisch ist: Wir verfügen über ein Kupfernetz, das mit Hilfe von Vectoring für viele Menschen bereits eine ordentliche Versorgung ermöglicht. Deshalb ist die Nachfrage nach Glasfaserprodukten – und damit die nachfragegetriebene Innovation – im Vergleich zu anderen Ländern geringer. Anderswo hat sich der Wechsel zu einer Breitbandversorgung auf Basis reiner Glasfaser-Netze daher wesentlich schneller vollzogen. Ungeachtet dessen bleibe ich optimistisch. Allein im ersten Halbjahr 2022 hatten wir etwa ein Fünftel mehr Endnutzer-Glasfaseranschlüsse – wir liegen jetzt bei knapp elf Millionen. Das ist noch nicht befriedigend, aber die Dynamik des Ausbaus hat sich deutlich beschleunigt.

Willi Rugen: Herr Müller, ich kann nicht hierherkommen, ohne mit Ihnen über die Bahn zu sprechen. Wir brauchen eine bessere Versorgung auf der Schiene und mehr Investitionen in die Schiene, und vermutlich brauchen wir auch eine Strukturreform bei den Anbietern. Das sind in erster Linie politische Fragen, aber in welche Form ist Ihre Behörde daran beteiligt?

Klaus Müller: Wir befassen uns damit, einen fairen und effizienten Wettbewerb auf der Schiene zu ermöglichen – sprich, mit den regulatorischen Vorgaben und den Überwachungsstrukturen zur Kontrolle ihrer Einhaltung durch die Betreiber. Und wir schauen, ob die Trassenkonditionen angemessen und begründet sind. Aktuell gibt es übrigens eine Entwicklung mit kontroverser Vorgeschichte: In der Ampelkoalition wurde sehr darum gerungen, ob Netz und Betrieb in einer Hand liegen dürfen. Als Kompromiss wird der Netzbetrieb nun als gemeinwohlorientierte Gesellschaft ausgegründet. Ich kann mir vorstellen, dass das bei guter Umsetzung Wettbewerb fördert und Spekulationen über die Bevorzugung einzelner Anbieter den Boden entzieht.

Willi Rugen: Im Regionalverkehr können wir ja bereits beobachten, dass private Betreiber sich in Ausschreibungen gegen die Bahn durchsetzen und dass es zu mehr Wettbewerb kommt. Mit mehr Wettbewerb auch im Fernverkehr ließe sich das Angebot attraktivieren, ließen sich mehr Einnahmen erzielen, die wiederreinvestiert werden könnten. Im Grund bräuchten wir doch mehr Wettbewerb in allen Verkehren auf der Schiene ...

Klaus Müller: Im Prinzip kann man da zustimmen. Mehr Wettbewerb in einem fairen System ist ein Gewinn für alle. Das Problem ist, dass wir noch die Fehler der Vergangenheit ausbügeln müssen. Unser Schienennetz ist unzureichend ausgebaut, in Teilen defizitär und mit hohem Investitionsbedarf belastet.

Die durchschnittliche Auslastung liegt bei 125 Prozent, in Streckenabschnitten mit Baustellen bei über 150 Prozent. Ein mehr an Verkehr ist in diesem Zustand eine Herausforderung, wir stoßen schlicht an die Grenzen unsere Infrastrukturqualität. Deshalb hat Bundesminister Wissing unter anderem einen neuen Ansatz gewählt und bündelt viele Einzelmaßnahmen nach dem Motto: Wenn man es macht, macht man es richtig. Aber das führt natürlich erstmal zu Einschränkungen.

Willi Rugen: Über ein Thema müssen wir noch reden. Wenn ich in Ihrem Bonner Büro aus dem Fenster schaue, sehe ich den Post-Tower. Der Post-Markt ist ja extrem spannend, insbesondere im Paket-Bereich hat sich ein lebendiger Wettbewerb mit einem breiten Angebot etabliert.

Klaus Müller: Ja, im Post-Markt laufen gerade viele Entwicklungen gleichzeitig ab. Das Briefaufkommen sinkt, während das Paketvolumen Zuwächse verzeichnet. Aus regulatorischer Sicht stellen sich interessante Fragen: Wer trägt eigentlich die Briefe und Pakete aus? Wer profitiert von traditionellen Infrastrukturen? Wer trägt vielleicht noch alte Lasten aus der früheren Bundespost mit sich herum? Wir beobachten das mit Interesse – aber leider sind uns oft die Hände weitgehend gebunden. Anders als im Energie- oder Telekommunikationsbereich haben wir keine Sanktionierungsmöglichkeiten, wenn etwa gesetzliche Briefzustellzeiten nicht eingehalten werden. Wir haben auch keine Zugriffsmöglichkeiten hinsichtlich der Frage, welche Infrastruktur vor Ort – etwa in Form von Filialen – vorgehalten wird. Insofern ist es spannend, dass Minister Habeck das Postgesetz novellieren will. Dabei werden neben dem Thema schärfere Sanktionen auch so wichtige Themen wie die Frage nach einer stärker wettbewerbsorientierten Marktregulierung mit mehr Chancengleichheit für alle Postdienstleistern aufgegriffen. Das gibt mir Hoffnung, dass wir eine wettbewerbs- und nachhaltigkeitsorientierte, digitalisiertere Post erhalten werden.

Willi Rugen: Wenn wir resümieren: Von all den besprochenen Themen, welches bereitet Ihnen am meisten Kopfschmerzen?

Klaus Müller: Am ehesten die Frage einer möglichen Gasmangellage im kommenden Winter. Aber wie gesagt: Wir wissen glücklicherweise inzwischen sehr genau, wie wir die Lage zu bewerten haben. Als zweites wäre da sicher der Ausbau der Erneuerbaren und der Stromnetze, weil dies für den Klimaschutz, die Versorgungssicherheit und die Wohlstandswahrung in Deutschland extrem wichtig ist.

Willi Rugen: Herr Müller, vielen Dank für dieses Gespräch!



Bessere Bildung – bessere Wirtschaft

Über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer folgten der Einladung von bdvb und der IHK Frankfurt am Main zur einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion, in der über die Bedeutung von Bildung und Erwerbszuwanderung in Deutschland diskutiert wurde.

Die Begrüßung übernahmen Hausherr Ulrich Caspar (Präsident der IHK Frankfurt am Main) und Willi Rugen (Präsident des bdvb). Mirjam Pütz (Vorsitz der Geschäftsführung bei der WM-Gruppe, Börsenzeitung) moderierte die Diskussionspanels.

Plädoyer für einfachere Erwerbszuwanderung

In seiner Key Note warnte Wirtschaftsweiser Werding vor sich verschärfendem Fachkräftemangel - Paneldebatte in Frankfurt.

Der Mangel an Fachkräften, der die deutsche Wirtschaft bereits heute vor Probleme stelle, werde sich in den kommenden Jahren absehbar verschärfen, zumal das Erwerbspersonenpotenzial sinke – so lautete die Mahnung von Professor Martin Werding, Mitglied des Sachverständigen-

rats zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung anlässlich der Diskussionsveranstaltung „Bessere Bildung, bessere Wirtschaft“ am 10. Februar in Frankfurt. Die vom bdvb und der Industrie- und Handelskammer Frankfurt eingeladenen Podiumsteilnehmer diskutierten Möglichkeiten, wie die Politik durch Weichenstellungen für Zuwanderung und Weiterbildung auf den Mangel an Fachpersonal reagieren kann. Dass es einen Engpass gebe, sei unter anderem daran spürbar, dass selbst Ungelernte fehlten und dass sich die Zeit zur Suche geeigneter

Bewerber für offene Stellen zwischenzeitlich auf im Schnitt 120 Tage verdoppelt habe, berichtete der Wirtschaftswoche. Werding rechnete vor, dass eine Nettozuwanderung von 400.000 Personen pro Jahr notwendig sei, um die Lage am Arbeitsmarkt zu stabilisieren. Das entspreche brutto einer Zuwanderung von mehr als einer Million Menschen. Da sich Deutschland nicht auf die Migration von Arbeitskräften aus dem EU-Ausland verlassen könne, sei es wichtig, dass die Erwerbszuwanderung aus Drittstaaten politisch erleichtert werde. Werding plädierte beispielsweise dafür, die so genannte Westbalkanregelung, die die Schwellen und Hindernisse für Einwanderung reduziert, auch auf andere Staaten außerhalb Südosteuropas anzuwenden. Denn die bisherigen Erfahrungen mit einem Regime ohne explizite Qualifizierungsanforderungen seien gut, da es in der Realität trotzdem zum Zuzug auch qualifizierter Arbeitskräfte führe.

Bedarf an finanzieller Bildung

Dr. Brigitte Scheuerle, für Aus- und Weiterbildung zuständige Geschäftsführerin der IHK Frankfurt, gab zu bedenken, dass es sehr viele „Bildungsverlierer“ gebe, die nicht über ausreichende Voraussetzungen verfügten, um in Unternehmen eingesetzt zu werden oder weitergehende Bildungswege anzutreten. Sie schlug damit die Brücke zum zweiten Thema des Abends, der finanziellen Bildung. Dass es hier erheblichen Verbesserungsbedarf gebe, wurde von keinem Teilnehmer der Veranstaltung in Abrede gestellt. So vertrat etwa Frankfurts IHK-Präsident Ulrich Caspar die Einschätzung, die Bedeutung der Wirtschaft werde im Kanon der Schulfächer nicht angemessen abgebildet. Schüler würden auf wichtige finanzielle Entscheidungen, die sie in den Jahren des Berufsstarts treffen müssten, nicht ausreichend vorbereitet.

Simone Rechel, stellvertretende Vorsitzende der Wirtschaftsjunioren, unterstrich, aus ihrer Sicht bestehe die Aufgabe darin, nicht nur die Schüler fit zu machen für finanzielle Bildung, sondern zunächst einmal die Lehrer. Digitalisierung müsse sich stärker in der Lehrerqualifikation widerspiegeln. Und selbst wenn Infor-



Über die Fachkräftequalifikation in Deutschland diskutierten im Panel 1 (v.l.) Ines Schiller, Dr. Brigitte Scheuerle, Simone Rechel, Prof. Dr. Martin Werding, Mirjam Pütz moderierte beide Panels



(v.l.) Panel 2 zum Thema Ökonomische Bildung an Schulen wurde von Harrison Krampe, Mathias Wagner, MdL, Ines Claus, MdL, und Sven Schumann besetzt

Ulrich Caspar begrüßte die Gäste und stellte die veränderten Gegebenheiten dar, die eine vermehrte wirtschaftliche Bildung notwendig machen.



Für Prof. Dr. Martin Werding ist Weiterbildung und Zuwanderung unverzichtbar, um zukünftige Fachkräfteengpässe zu vermeiden.



Fragen aus dem Publikum

Die Moderation des Abends übernahm Mirjam Pütz

matik als Schulfach eingeführt werde, entbinde das die Lehrer anderer Fächer keineswegs davon, sich mit Digitalisierung zu befassen und sie in ihren Unterricht zu integrieren.

Ines Claus, die Fraktionschefin der CDU im hessischen Landtag, betonte, wie wichtig es sei, dass es in Hessen mittlerweile das pilotierte Schulfach „Digitale Welt“ gebe und das Schulfach „Politik und Wirtschaft“ durchgängig von Klasse 5 bis 13 in den Lehrplänen stehe. Der hessische Grünen-Fraktionsvorsitzende Mathias Wagner argumentierte, die Voraussetzungen seien zwar geschaffen, nun bestehe die Herausforderung aber in der Umsetzung – etwa wenn es darum gehe, dem Thema Wirtschaft in der Schule tatsächlich mehr Gewicht zu geben.

Kontrovers debattiert wurde die Frage, ob Lehrer unbedingt eine ökonomische Ausbildung bräuchten. Sven Schumann, Co-Vorsitzender des Bündnisses ökonomische Bildung in Deutschland beklagte, dass man PoWi-Lehrer werden könne, ohne Wirtschaft studiert zu haben. Dem hielt der Landtagsabgeordnete Wagner entgegen, dass es vor allem darum gehe, Schüler für Wirtschaft zu begeistern – und diese Aufgabe gehe weit über das hinaus, was ein Fachstudium liefere.

Ines Schiller, Mitglied im Präsidium des bdvb, plädierte dafür, das Modell der Schülerfirmen auszuweiten. Zunehmend fänden sich Praxispartner, die beteiligte Schüler anschließend übernahmen, beispielsweise als Werkstudenten. Dem stimmte als Vertreter der Schülerschaft Harrison Krampe zu, stellvertretender Stadtschulsprecher in Frankfurt. Er kritisierte die zu starke theoretische Ausrichtung des Themas Wirtschaft in der Schule: „Der Praxisbezug fehlt.“ Er wünsche sich zum Beispiel, dass die Frage, wie man als Unternehmer konkret Preise kalkuliere, Bestandteil des Unterrichts werde.

Im Anschluss stellte Stephanie Wüst, Wirtschaftsdezernentin der Stadt, Frankfurt als besonderen Bildungsstandort vor. Viele öffentliche und private Bildungsträger haben hier einen Platz gefunden. Von den dadurch gut ausgebildeten Fachkräften würde im Gegenzug auch die Wirtschaft in der Stadt profitieren. Regen Diskussionsstoff und die Möglichkeit, sich auszutauschen, bot der anschließende Empfang.

(Börsen-Zeitung Nr. 31, 14.02.2023, Autor: D. Fechtner, Frankfurt)



Das Schlusswort hielt Wirtschaftsdezernentin der Stadt Frankfurt Stephanie Wüst



Willi Rugen spricht kurz die wichtigsten Themen des Abends an: universitäre Bildung, ökonomische Bildung an den Schulen und die Weiterbildung für Fachkräfte

Fachausschuss Diversity

Aus der Praxis für die Praxis. Ihre Erfahrung ist gefragt!

Wir starten unser erstes Projekt und sind an Ihren Erfahrungen und Beispielen guter Praxis interessiert.

Seit Jahren wird über den demografischen Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft diskutiert. Mal ist es der Fachkräftemangel, der beklagt wird und mal wird die Forderung nach längerer Lebensarbeitszeit laut. Gleichzeitig bestätigen viele Personalverantwortliche eine gewisse Zurückhaltung bis hin zu offen ausgesprochenen Vorurteilen gegenüber Arbeitssuchenden und auch der eigenen Belegschaft im Alter 50+.

Kennen Sie das? Wie ist es in Ihrem Unternehmen? Wir sind an Ihren Erfahrungen interessiert. Wie wird der demografische Wandel angegangen und gelebt? Wie sieht gutes Generationenmanagement aus? Gibt es z.B. eine lebensphasenorientierte Personalpolitik in Ihrem Unternehmen, die auf eine diverse Belegschaft setzt und den Bedürfnissen der unterschiedlichen Gruppen Rechnung trägt? Was haben Sie als Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerin 50+ erlebt? Auch Ihre Erfahrungen als Führungskraft oder jüngerer Teammitglied sind gefragt.

Welche Angebote werden gemacht und wie werden sie genutzt bzw. angenommen? Von gezielter Rekrutierung älterer Arbeitnehmer, Zusammenarbeit in demografisch gemischten Teams über alternsgerechte Arbeitsplätze, Zeitwertkonten, vollzeitnahe Teilzeit oder Job-Sharing bis zum Demografie-Tarifvertrag. Teilen Sie mit uns Ihre Erfahrungen, die wir in einer Veranstaltung zum Thema Arbeitswelt und Generation 50+ mit allen Interessierten besprechen und anschließend als Best-Practice-Beispiele zur Verfügung stellen möchten. Sie möchten über Ihre Expertise und Ihr Praxisbeispiel selbst berichten? Gerne. In der Veranstaltung, die wir nach Ihren Bedürfnissen konzipieren werden, wird es dafür Raum geben.

Bitte senden Sie uns Ihre Praxisbeispiele oder Ihre persönliche Geschichte (beides auf Wunsch anonymisiert) bis zum 21. April an fa-diversity@bdvb.de Stichwort: Generation 50 plus. Bei Fragen oder Anregungen wenden Sie sich gern direkt an Claudia Niebergall, claudia.niebergall@bdvb.de

Wir freuen uns auf zahlreiche Rückmeldungen.

VERANSTALTUNGEN

Forschungsinstitut lädt zur Mitgliederversammlung (hybrid)

Montag, 17. April 2023, Beginn: 20:30 Uhr

Alle Jahre wieder ... Nicht ganz! Wie im bdvb und seinen Gruppen kommen auch die Mitglieder des **Forschungsinstituts des bdvb e.V.** alle zwei Jahre zur Mitgliederversammlung zusammen. Die Zeit ist schnell vergangen, besonders weil wir mit der Veranstaltungsreihe **bdvb Cheers & Science** und dem Symposium **Future Work 2022** spannende Impulse setzen konnten. Im Vorstand wird es Wechsel geben, Wahlen stehen auf der Agenda. Ein idealer Zeitpunkt, um sich einzubringen! Ganz besonders freuen wir uns über studierende bdvb-Mitglieder und Gäste, die sich für die wissenschaftliche Vernetzung und Mitwirkung interessieren.

Ort: Universität der Bundeswehr München, Gebäude 161, Zimmer 0106 (Professur für Digitales Marketing und Medieninnovation)

Zeit: Montag, 17. April 2023, Beginn: 20:30 Uhr

Zur Teilnahme vor Ort sind eine **schriftliche Anmeldung bis Freitag, 14.04.2023** sowie das Mitführen eines amtlichen Ausweises (Personalausweis, Reisepass) erforderlich. Die Veranstaltung wird auch als **Zoom-Meeting (Meeting mit Beteiligungsmöglichkeit per Mikrofon/Kamera)** übertragen.

Anmeldung über: <https://eveeno.com/916429678>

Kontakt: forschungsinstitut@bdvb.de

Ihre Vorteile als Mitglied

In der Mitgliedschaft enthalten:

- bdvbKompetenzPass – Aktivitäten-Nachweis zur Vorlage bei Bewerbungen, Geschäftsanbahnungen etc.
- arbeitsrechtliche Erstberatung durch einen Fachanwalt im bdvb
- Veranstaltungen der Regionalverbände- und Hochschulgruppen sowie bundesweite Fachtagungen und Weiterbildungsangebote
- Vorträge, Workshops, Unternehmensbesichtigungen
- Fachausschüsse
- Informationen / Tipps / Empfehlungen
- das Netzwerk für Ökonomen

Sie erhalten Vergünstigungen bei:

- Literatur
- Karriereberatung
- Weiterbildungsseminaren / Tagungen
- bdvb-Vorteilswelt bei Corporate Benefits exklusive Mitgliederangebote zu Mietwagen, Reisen, Hotels, Sport, Versicherungen u.v.m.

Vergünstigte Doppelmitgliedschaft mit:

- Deutscher Fachjournalisten-Verband (DFJV)
- GABAL
- VFF (Verband Fach- und Führungskräfte)
- VÖWA (Österreichische Ökonomen)



Immer informiert:



„bdvb aktuell“
das Mitglieder-Magazin
(quartalsweise)



www.bdvb.de – das Online-Angebot im Internet, monatlicher Newsletter



die „WirtschaftsWoche“
52 x pro Jahr digital
als eMagazin und App
für iPad und iPhone
+ exklusiv den Newsletter
der Börsenwoche



Sixt Platin Card
und bis zu 10 Prozent
Rabatt auf Mietwagen
und Transporter



€uro, das Monatsmagazin
für Wirtschaft, Börse und
private Finanzen
12 x pro Jahr als E-Paper



Focus und Focus Money,
das zukunftsorientierte
Nachrichtenmagazin als E-Paper
für bdvb-Mitglieder gratis



Verband Fach- und
Führungskräfte

corporatebenefits
Vorteile für Mitglieder

Hochschulgruppe Münster

Ein unvergesslicher Tag bei CLAAS – Weltmarktführer der Mähdrescherbranche

Am 31.01.23 konnte die Hochschulgruppe Münster einen Blick hinter die Kulissen des über 100 Jahre alten Unternehmens werfen. Als einer der führenden Hersteller von Landmaschinen ist CLAAS weltweit bekannt und steht für innovative Technologien und höchste Qualität.

Nach einer kurzen Einführung in die Geschichte des Unternehmens besichtigten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Produktionshallen. Dabei konnten sie hautnah erleben, wie aus Rohstoffen hochwertige Landmaschinen entstehen. Angefangen bei der Produktion von Blechteilen bis hin zur Montage der Mähdrescher – jeder Schritt im Fertigungsprozess wurde detailliert erläutert und anschaulich präsentiert.

Besonders beeindruckend war dabei die große Präzision, die bei der Herstellung der Maschinen an den Tag gelegt wird. Jedes Teil wird akribisch geprüft und sorgfältig bearbeitet, um höchste Qualität und Langlebigkeit zu gewährleisten.

Im Anschluss an die Werksführung hatten die Studierenden nach einem Lunch die Möglichkeit, sich über Einstiegsmöglichkeiten und Praktika bei CLAAS zu informieren. Ihre Fragen wurden dabei von den freundlichen Mitarbeitern des Unternehmens ausführlich beantwortet und sie erhielten wertvolle Einblicke in die Karrieremöglichkeiten bei CLAAS. Ein unvergesslicher Tag, der noch lange in Erinnerung bleiben wird.



Wir bedanken uns herzlich bei dem gesamten Team für die herzliche Gastfreundschaft und die spannenden Einblicke in die Welt der Landmaschinenproduktion.

Regionalverband Stuttgart



Die EZB im Spannungsfeld zwischen Inflation, steigenden Spreads und Rezessionsgefahr

Nach langer Zeit endlich wieder möglich, veranstaltete der RV Stuttgart gemeinsam mit adkus e.V. (WiWi Alumni Verein der Uni Stuttgart) im November 2022 anlässlich aktuell hoher Inflationsraten einen Infor-

mationsabend mit der Deutschen Bundesbank. Das aktuelle Thema Inflation, von dem wohl alle deutschen Bürger und deren Ersparnisse betroffen sind, sorgte für einen vollen Hörsaal. Mit Dr. Schuler, Deutsche Bundesbank in Stuttgart, hatte die Veranstaltung einen hervorragenden Referenten, der es bestens verstand klar, verständlich und packend das Thema mit Daten, Statistiken, möglichen Ursachen sowie begründeten Prognosen dem interessierten Kreis zu übermitteln. Im Anschluss an seinen Vortrag stellte sich Dr. Schuler den vielen Fragen zur Geldpolitik der EZB, die originär der Geldwertstabilität verpflichtet ist, aus Teilnehmersicht jedoch gedrängt von politischen Interessen auch für die Finanzstabilität verantwortlich fühlt. Ein großer Dank gebührt dem Co-Veranstalter adkus e.V. und seinen engagierten Vertretern Prof. Dr. Helferich und Christophe Fondrier, die zum Abschluss der Veranstaltung zu einem Stehempfang mit Imbiss einluden.

Jahresausklang am Finn Village am Stuttgarter Weihnachtsmarkt

Nach gefühlten endlosen Coronajahren öffneten endlich wieder die Weihnachtsmärkte. Diese Gelegenheit nutzte der RV mit Gästen des Kooperationspartners adkus e.V., um die noch junge Tradition ihres Jahresausklangs am finnischen Weihnachtsmarkt fortzusetzen. Ob Holzfeuer im großen Kota-Zelt, Flammlachs-Brötchen-Genuss und heißer Glögi Beerenglühwein – seit 2016 bringt der Weihnachtsmarkt dem RV auch bei Schnee und Kälte eine Wohlfühlatmosphäre. Ein herzliches Dankeschön an unser bdvb-Mitglied Karita Brand für Reservierung und Goodies, die als Geschäftsführerin der Kalevala Spirit GmbH allein in Deutschland vier Finn Villages verantwortet.

Internationales Netzwerken schon im Studium



Mara Ruppik

Mara Ruppik (24) studiert International Management im CEMS Master an der Universität zu Köln und ist seit Oktober 2019 Mitglied im bdvb. Sie unterstützte zunächst die Hochschulgruppe Münster im Vorstand für Organisation und IT und engagiert sich daraufhin als Vorsitzende der Hochschulgruppe und arbeitete eng mit dem Regionalverband Westfalen zusammen.

Aktuell bin ich mitten in der Vorbereitung für meine erste Klausurenphase in meinem Master in International Management (CEMS MIM) an der Universität zu Köln. Das CEMS-Netzwerk ist ein weltweiter Zusammenschluss von 34 führenden Business Schools auf fünf Kontinenten, die durch das CEMS MIM Programm eine attraktive Kombination von Management-Theorie und Business-Praxis innerhalb einer anspruchsvollen globalen Lernumgebung anbieten. Das Programm setzt ein Auslandssemester an einer der Business Schools im Netzwerk voraus, zudem ein Auslandspraktikum und eine dritte Fremdsprache, somit sind Soft Skills und Sprache sehr gefragt.

Der Wunsch nach kulturellem Austausch wurde bereits durch meinen Freiwilligendienst in Botswana gefördert. Somit gefällt mir besonders, dass das Programm die Möglichkeit bietet, Menschen aus aller Welt zu treffen. Dies geschieht zum einen in meinem Studiengang in Köln, der zu einem gewissen Teil aus internationalen Studierenden verschiedener Länder besteht, zum anderen auch durch Besuche von Universitäten dieses großen Netzwerks. So haben wir uns im Dezember mit den Studierenden der Partneruniversitäten aus den Niederlanden und Belgien in Brüs-

sel zu einem gemeinsamen Weihnachtsessen getroffen. Ebenso wurde der Besuch des EU-Parlaments für alle organisiert. Dies war eine super Möglichkeit, sich mit anderen Studierenden auszutauschen und sein persönliches Netzwerk zu auszubauen. Wie wichtig das ist, habe ich besonders in meiner Zeit in der Hochschulgruppe Münster erfahren. Im Februar trafen wir in Köln zwei Universitäten aus unserem Netzwerk, um u.a. mit ihnen gemeinsam Karneval zu feiern.

Da ich im Bachelor an der Universität Münster zu Corona-Zeiten leider nicht die Chance hatte ins Ausland zu gehen, freue ich mich jetzt umso mehr auf mein Auslandssemester an der Universität Sydney im nächsten Jahr. Einen Großteil des Semesters werde ich gemeinsam mit anderen Studierenden und einem internationalen Unternehmen einen Business Case bearbeiten. Ich bin schon sehr gespannt, was Australien sonst noch zu bieten hat. Zeit zum Reisen werde ich mir definitiv nehmen, so wie es mir Philipp Tran, der letztjährige Bundesvorstand, sehr ans Herz gelegt hat.

Grüße aus Köln
Mara

VERANSTALTUNGEN

Save the Date

Bundesmitgliederversammlung 2023

21. Oktober 2023, 10:00 Uhr, Hamburg

Immer besser – für dich.



Deshalb erreichst du bei unserem **Kundenservice** jederzeit Beraterinnen und Berater, die persönlich für dich da sind – ganz egal, wann du anrufst.

dietechniker.de

Weil Fakten noch nie so wichtig waren.

Exklusive Insights und geballtes Wirtschaftswissen für Ihr Team
und Unternehmen – mit der gesamten Informationswelt des
Handelsblatts: gedruckt, digital und live.

Jetzt informieren:
abo.handelsblatt.com/b2b



Oder nehmen Sie direkt Kontakt zu uns auf:
business-solutions@handelsblattgroup.com